

MITTEILUNG / 11.11.2009

Herausgeber: Antje Tillmann MdB

Redaktion:

Johannes Nehlsen (030) 227-77019

Telefax (030) 227-76497

antje.tillmann@bundestag.de

www.antje-tillmann.de

Tillmann weist Kritik an Kindergelderhöhung zurück

Nach einer repräsentativen Befragung im Auftrag der Financial Times Deutschland (FTD) planen 48 Prozent der Eltern zusätzliche Einnahmen aus der geplanten Kindergelderhöhung "nicht direkt dem Nachwuchs" zu Gute kommen zu lassen. Vielmehr planen diese Eltern das Geld für den "täglichen Bedarf zu nutzen, zu sparen oder für Urlaub, Schuldentilgung oder Renovierung zu verwenden", so die FTD. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Werner Pidde kritisierte den Sinn und Zweck der Kindergelderhöhung.

Die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete und Finanzexpertin Antje Tillmann weist diese Kritik entschieden zurück. "Es ist völlig verquer, aus den Ergebnissen der Befragung den Schluss zu ziehen, die Kindergelderhöhung würde bei einem großen Teil der Kinder nicht ankommen. Selbst wenn Eltern, wie in der Befragung angegeben, das zusätzliche Geld in den "täglichen Bedarf", den Urlaub oder die Renovierung der Wohnung investieren, profitieren die Kinder auf unmittelbare Art und Weise. Es ist mir unerklärlich, warum mehr Spielraum beim täglichen Bedarf, die Ermöglichung eines zusätzlichen Ausfluges oder die Verschönerung der Wohnung in der Interpretation der Studie nicht als Nutzen für die Kinder gesehen werden. Auch in den Urlaub nehmen Eltern ihre Kinder mit.

Wir müssen aufhören, Eltern unter einen generellen Tatverdacht zu stellen und ihnen die Fähigkeit abzusprechen, mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld eigenverantwortlich zu haushalten. Ich bin sicher, dass der ganz große Teil der Eltern verantwortungs- und liebevoll für Ihre Kinder sorgt. Wir Politiker stehen in der

Pflicht entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit der geplanten Erhöhung des Kindergeldes und der Anhebung des Kinderfreibetrages zum 1. Januar 2010 wollen wir einen Beitrag zur Entlastung der Familien leisten.

Dabei trifft der Vorwurf, die Koalition entlaste lediglich Besserverdienende und vergesse die Bedürftigen, in keinem Maße zu. Die geplanten Maßnahmen sind insbesondere für die Entlastung derjenigen gedacht, die sich und ihre Kinder zwar durch ihr eigenes Einkommen selbst versorgen, damit aber keine großen Sprünge machen können. In der Vergangenheit ist mit dem Schulstarterpaket, der Anhebung des Kinderzuschlages sowie der zusätzlichen Hartz-IV-Stufe für Kinder bereits viel für Leistungsempfänger getan worden.

In Erfurt wird durch das Sozialticket Bedürftigen kostenloses Schulessen, die Sozialfahrkarte sowie ermäßigte Eintritte in Oper und Museen ermöglicht. Die nun geplanten Maßnahmen sind für jene gedacht, die hiervon nicht profitierten."